

# Land will Fusion ohne Zwang

Im Odenwald wollen sich vier kleine Kommunen zusammenschließen – Regierung lockt mit Geld

VON THOMAS MAIER

**WIESBADEN.** Hessens Landesparlament wird Anfang März seinen Blick auf vier kleine Gemeinden im Odenwald richten: Dort wollen die Orte Beerfelden, Hesseneck, Rothenberg und Sensbachtal fusionieren zu der Gemeinde Oberzent mit dann 10 000 Einwohnern. Die Oberzent ist der südliche Teil des Odenwaldkreises mit Beerfelden als Hauptort. Der Name leitet sich von der Zent, dem mittelalterlichen Gerichtsbezirk, ab. Am 6. März entscheiden die Bürger zusammen mit der Kom-

munalwahl darüber. Sollten sie zustimmen, hätte das eine Signalwirkung über die ländliche Region hinaus.

Schon vorab erfahren die Absichten der wackeren Odenwälder breite Unterstützung im Landtag – sowohl von Regierungsparteien als auch Opposition. Auch die kommunalen Spitzenverbände sind dafür. Denn es herrscht Konsens, dass es Bedarf für mehr Kooperation bis hin zu Fusionen gibt, weil Hessens Kommunen oft hohe Schulden haben. In welcher Form Landtag und Regierung jedoch solche Kooperationen anschieben sollen,

darüber wird aber gestritten.

„Wir sind gegen Zwangsfusionierung. Wir wollen die Freiwilligkeit motivieren“, sagt der kommunalpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Alexander Bauer. Schon etliche Male haben sich Landes- und Kommunalpolitiker die Finger verbrannt und sind letztlich am Bürgerwillen gescheitert.

Recht frisch ist noch die Erinnerung an den fehlgeschlagenen Zusammenschluss der Odenwald-Städte Erbach und Michelstadt. Obwohl beide Kommunalparlamente die Fusion wollten, lehnten die Bürger den Zusammenschluss 2009 ab. Unvergessen ist die spektakulärste Pleite in Hessen, als 1977 die Städte Wetzlar und Gießen zwangsweise zur Retortenstadt Lahn verschmolzen wurden. Nach heftigem Widerstand der Bevölkerung wurde das künstliche Gebilde 31 Monate später wieder aufgelöst.

Das Zauberwort heißt nun interkommunale Zusammenarbeit: Gemeint ist damit das

Zusammenlegen von Standesämtern, Schwimmbädern oder Bauhöfen, um Kosten zu sparen. Bei Zwergkommunen hat dies aber meist nur wenig Sinn, weil sie nur wenige solcher Einrichtungen haben. Hessen hat trotz der Gebietsreform in den 1970er Jahren noch 220 Kommunen mit weniger als 7500 Einwohner. 120 davon haben sogar weniger als 5000.

Der Landtag hat für Fusionen nun einen finanziellen

## Voraussetzungen

Bürger können in dem Entscheid nur mit Ja oder Nein stimmen. Außerdem müssen in allen vier Orten jeweils mindestens 25 Prozent der Wahlberechtigten an die Urne gehen. Und in jedem Ort muss die Mehrheit für die Fusion stimmen. Sollte es in einer Gemeinde eine Mehrheit dagegen oder Stimmgleichheit geben, ist die Fusion bereits gescheitert. Genau das passierte vor drei Monaten in Mittelhessen, als beim geplanten Zusammengehen von Steffenberg und Angelburg in einer Gemeinde die Mehrheit verfehlt wurde. (dpa)

Anreiz beschlossen (siehe Hintergrund). Ob und wieviele Gemeinden dem Lockruf des Geldes folgen, ist aber noch unklar. Die FDP fordert ein Pilotprogramm. Bei der Regierung stoße die Neuordnung der kommunalen Strukturen auf „taube Ohren“, so Fraktionschef Florian Rentsch. (dpa)

## HINTERGRUND

### Gesetz ermöglicht finanziellen Anreiz

In einem öffentlich kaum beachteten Gesetz hat der Landtag kurz vor Weihnachten einen neuen Anreiz für Fusionen geschaffen. Mit den rund 80 Millionen Euro, die die unter dem finanziellen Schutzschirm des Landes ste-

henden Gemeinden nicht abgerufen haben, sollen nun andere begünstigt werden. Voraussetzung für deren Entschuldung bis zu fast 50 Prozent ist aber, dass sie sich, wie im Odenwald, zusammenschließen wollen. (dpa)

